



Die staatliche Schweizer Entwicklungshilfe in Bezug auf das Wasser verändern

Eine Blue Community pflegt langfristige öffentliche Partnerschaften mit internationalen Partnern wie Städten, Gemeinden und Institutionen. Das ist der vierte Grundsatz der Schweizer Blue Communities. Er ist in Zusammenarbeit mit Maude Barlow, der Initiatorin des Projekts in Kanada, entstanden. Dieser spezifisch schweizerische Grundsatz berücksichtigt die besonderen Schweizer Kompetenzen bei der öffentlichen Wasserversorgung.

Wasserverwaltung in der Schweiz.

Heute haben 800 Millionen Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. 2,5 Milliarden Menschen verfügen nicht über ausreichende sanitäre Anlagen und 1,1 Milliarden verrichten ihre Notdurft im Freien. Weil die Landwirtschaft etwa vier Fünftel des weltweiten Trinkwasserverbrauchs ausmacht, besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Wasser und Ernährungssicherheit.

In der Schweiz ist der Zugang zum Trinkwasser ausgezeichnet. Trotzdem wird über 80 Prozent des verbrauchten Wassers in Form von Produkten und Nahrungsmitteln importiert. Häufig stammen diese Produkte aus wasserarmen Gebieten. Dort fehlt dann das Wasser. Es besteht also dringender Handlungsbedarf bezüglich der wasserintensiven Ess- und Konsumgewohnheiten der westlichen Welt. Gemeint sind u. a. der Fleischkonsum und die kurzen Lebenszyklen von Produkten. Wenn viel Müll produziert wird, muss auch viel Wasser aufgewendet werden, um neue Produkte herzustellen.

Die Verwaltung des Wassers liegt in der Schweiz in den Händen der Kantone und Gemeinden. Das hat viele Vorteile: So ist die Qualität des Leitungswassers sehr gut und auch sehr günstig. Der Bau und der Erhalt der Wasserinfrastruktur sind aber teuer. Es mussten in der Vergangenheit und müssen auch heute Milliarden von Franken in sie investiert werden. Die öffentliche Verantwortung ermöglicht aber auch öffentliche Mitsprache. Das ist einer der Vorteile dieses Systems.

Mit dem Grundsatz vier will die Blue Community der Schweiz diese Kompetenzen der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Wasserversorger nutzen und sie dazu auffordern, das technologische und praktische Wissen an Entwicklungs- und Schwellenländer weiterzugeben.

Vorteile der öffentlich-öffentlichen Entwicklungs-zusammenarbeit.

Mit der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit soll eine respektvolle, gegenseitige und langfristige Beziehung zwischen staatlichen Akteuren aufgebaut werden. Damit ist auch ein neues Ethos, eine neue Beziehung zwischen Mensch und Natur möglich. In diesem Zusammenhang muss auch der zu grosse Ressourcenverbrauch der reichen Länder thematisiert und verändert werden. Ausserdem soll die Partizipation der lokalen Bevölkerung eine grosse Rolle spielen und die Wasser- und Abwasserversorgung soll effektiv und kosteneffizient und ohne die Ablenkung durch private Profitinteressen gestaltet werden können. Eine öffentliche Wasserverwaltung ist oft kostengünstiger als eine private. Sehen Sie dazu unser Argumentarium zu den öffentlich-öffentlichen Partnerschaften.¹

Mit den Privaten Unternehmen zusammenarbeiten:

1. Öffentlich-private Partnerships (PPPs).

Die Ursachen des schlechten Trinkwasserzugangs sind vielfältig. Ein Mangel an Süsswasser gehört jedoch nicht dazu. Es besteht vielmehr der Mangel an finanziellem Engagement und politischem Willen auf innerstaatlicher und internationaler Ebene. Deshalb kümmern sich staatliche Entwicklungs-agenturen, wie z. B. die schweizerische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), aber auch die UNO mit ihrer neuen Agenda zur Armutsbekämpfung (Agenda 2030), vermehrt um die Akquirierung privater Finanzmittel. Eine Form der Zusammenarbeit sind die öffentlich-privaten Partnerschaften. Damit sind Auslagerungen von genuin staatlichen Aufgaben an Private meist mittels jahrzehntelangen Verträgen gemeint. Meistens sind diese sehr teuer für die Bevölkerung und die öffentliche Hand. Gründe dafür sind: Beim Aushandeln der Verträge entstehen teure Beratungskosten für Entwicklungsländer und häufig haben die privaten Partner mehr finanzielle Ressourcen, wenn es zu Uneinigkeiten über den Umfang von Leistungen oder zu Neuverhandlungen der Verträge kommt. Leider sind Neuverhandlungen von Verträgen häufig. Mit der Auslagerung geraten Entwicklungsländer in eine Abhängigkeit zu den Kompetenzen der Unternehmen und sind daher in einer schlechten Verhandlungsposition.

2. Netzwerke und Implementierung durch Private Unternehmen.

Weitere Formen der Zusammenarbeit mit privaten Akteuren sind die Gründung von gemeinsamen Interessenplattformen (in der Schweiz z. B. die Swiss Water Partnership) und die

¹ <http://bluecommunity.ch/links-downloads.html>.

Implementierung von Entwicklungszusammenarbeitsprojekten durch Private mit der finanziellen Unterstützung des Staates. Die Vernetzung und die Zusammenarbeit sollen zu einem effektiveren Austausch von Projektideen, Geldmitteln und technischem Knowhow führen, so die DEZA. Sie betont zudem, dass die zukünftige Sicherung der Projekte mit Hilfe Privater besser möglich sei, weil diese ihre Interessen mit der Übernahme der Projekte längerfristig sichern wollten.² Die Zahl der Projekte, die private Unternehmen implementieren, soll laut DEZA erhöht werden. Das ist eine problematische Entwicklung. Die Schwierigkeit einer Abhängigkeit von privaten Geldmitteln ist das Gewinn- und Eigeninteresse der Unternehmen. In vielen Beispielen konnte gezeigt werden, dass dabei z. T. Menschenrechte auf der Strecke bleiben.³ Es ist auch schwierig, abzuklären, ob mit den staatlichen Geldern nicht Projekte subventioniert werden, die die privaten Unternehmen zum eigenen Vorteil sowieso durchgeführt hätten.

**Das Beispiel Vietnam –
Ein Projekt der DEZA mit
Nestlé.**

Ein Beispiel eines gemeinsamen Wasserprojekts ist die Zusammenarbeit von DEZA und Nestlé in Vietnam.⁴ Vietnam ist der weltweit grösste Kaffeexporteur und Nestlé kauft über 20% des dort produzierten „Robusta-Kaffees“. Da die Kaffeeproduktion sehr wasserintensiv ist, sinkt der Grundwasserspiegel und die Lebensgrundlage der ansässigen Bevölkerung, rund zwei Millionen Menschen, ist bedroht. Das Ziel des Projekts ist es, den Wasserverbrauch durch Sensibilisierungsmassnahmen, die Kartierung zusätzlicher Quellen und eine bessere Vorhersage der Niederschläge zu reduzieren. Gleichzeitig soll die Produktion gesteigert werden. Für das drei Jahre dauernde Projekt hat die DEZA 900'000 Franken gesprochen. Kürzlich ist ein Zeitungsartikel erschienen, in dem das Projekt von mehreren Hilfswerken kritisiert wurde.⁵ Darin wurde grundsätzlicher Zweifel an den Interessen Nestlés laut. Das ist auf die Erfahrung mit den Geschäftspraktiken Nestlés in anderen Ländern zurückzuführen.⁶ Eine weitere Kritik lautete, dass es die Demokratie untergrabe, wenn statt der lokalen Regierung und der Zivilgesellschaft private Unternehmen die Prioritäten der

² <https://www.derbund.ch/schweiz/standard/die-umstrittenen-entwicklungshelfer-aus-der-privatwirtschaft/story/30970164>. Zugriff: 26.10.2017.

³ Film Konzerne als Retter: <http://www.bluecommunity.ch/schweizerische-entwicklungspolitik.html>

⁴ https://www.eda.admin.ch/deza/de/home/aktivitaeten_projekte/projekte-fokus/projektdatenbank.filterResults.html/content/projects/SDC/de/2014/7F09031/phase1?oldPagePath=/content/deza/de/home/aktivitaeten_projekte/projekte-fokus/projektdatenbank.html. Zugriff: 27.10.2017.

⁵ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/die-umstrittenen-entwicklungshelfer-aus-der-privatwirtschaft/story/30970164>. Zugriff: 27.10.2017.

⁶ Zum Beispiel: Film „Bottled Water“: <http://bluecommunity.ch/links-downloads.html>. Siehe auch: <http://www.bluecommunity.ch/wasserunternehmen-schweiz.html>.

Entwicklungshilfe bestimmten. Ausserdem lässt sich die massive Kaffeeproduktion in einem Gebiet kritisieren, das von mehreren Monaten Wasserknappheit pro Jahr betroffen ist. Vielleicht sollte der Fokus nicht auf einer höheren Produktion liegen, sondern es sollten alternative Verdienstmöglichkeiten angestrebt werden.

Alternativen

Neben der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit gibt es auch andere Modelle, die den Armen nützen könnten. Alternativen mit Erfolgspotenzial sind zum Beispiel gemeinschaftlich organisierte Systeme, die in kleinem Massstab agieren und auf der Solidarität der lokalen Bevölkerung basieren. Im Allgemeinen soll darauf abgezielt werden, die Menschen vor Ort, aber auch die lokalen Behörden, zu befähigen, ihre Aufgabe, den Bau und Erhalt von Wasser- und Abwassersystemen wahrzunehmen. Das entspricht auch der Bestimmung des Wassers als Allgemeingut, die die Blue Communities vorantreiben wollen.

Die Blue Community Initiative

Die [Initiative Blue Communities](#) wurde vom [Council of Canadians](#) lanciert, einer kanadischen Organisation für soziale und ökologische Gerechtigkeit. Gemeinsam mit der Fachstelle OeME (Oekumene, Mission, Entwicklungszusammenarbeit) der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn hat die Vorstandsvorsitzende des Council of Canadians, Maude Barlow, die Initiative auch in der Schweiz lanciert. Reformierte und katholische Landeskirchen aus Brasilien und der Schweiz haben 2005 eine eigene [Wassererklärung mit den folgenden Forderungen verabschiedet](#):

1. Der Zugang zum Wasser ist als Menschenrecht lokal und global zu anerkennen.
2. Wasser ist als öffentliches Gut zu behandeln.
3. Für den Wasserverbrauch sind gesetzliche Prioritäten festzulegen. An erster Stelle stehen die Stillung des Durstes von Mensch und Tier und die Nahrungsmittelproduktion.
4. Das Recht auf Wasser ist durch eine Internationale Wasserkonvention zu ergänzen, die dafür einen rechtlich verbindlichen Rahmen schafft.